

LESERBRIEFE ZUM KRIEG RUSSLANDS GEGEN DIE UKRAINE

Bei der Ukraine wird es nicht bleiben: Heute hat Russland Interesse an der Ukraine, morgen an den baltischen Staaten und übermorgen erinnert man sich in Moskau daran, dass zum russischen Welt- und Machtbereich einst auch die DDR gehörte. Vielleicht reichen ihm ja auch schon Teile Sachsens. Die kennt er noch von früher. Ich glaube, das wäre sogar verhandelbar. „Dr. Schiwago“ läuft dann wieder nur im Westfernsehen und im Osten dafür die beliebten russischen Märchenfilme. Aber dann im Original.

Uwe Heinemann, Arnstadt

Wir werden alle die Folgen spüren: Egal aus welcher Sicht und Richtung wir das betrachten, wer leidet im Krieg, sind die kleinen Leute – nicht nur dort, wo gekämpft wird. Putin kann keiner einschätzen, so viel auch zu seiner Politik gesagt und geschrieben wird. Er ist der Einzige, der weiß, wie, warum und wie lange. Das Negative daran, wir werden es alle spüren, egal welche Maßnahmen von welcher Seite kommen. Es bleibt die Hoffnung, dass bald wieder Schluss damit ist und gesprochen wird mit allen Seiten, auch mit Herrn Putin. Ich hätte persönlich nicht gedacht, dass er so weit geht, aber wer kennt ihn schon.

Reinhard Dietrich, Erfurt

Dieser Krieg macht Angst:

Nicht nur ein Virus bedroht die Menschen. Ein Krieg spielt sich gerade in Europa ab und bringt Entsetzen. Niemand kann vorhersehen, wie sich der Konflikt in der Ukraine weiter entwickeln wird. Man hält den Atem an und bekommt Angst. Gegen Corona gibt es inzwischen verschiedene Mittel. Aber gegen Krieg? Wenn Diplomatie und Vernunft versagen, wie wird unsere Welt demnächst aussehen?

Ingrid Wolf, Ilmenau

Irrationales Geschichtsverständnis:

Nach Russlands Angriff auf die Ukraine ist auch der letzte linke Putin-Versteher aus dem Rausch der Putin-Propaganda erwacht. Die immer wieder propagierte Bedrohung Russlands durch die Nato im Osten ist Putins Albtraum. Im Ergebnis seines irrationalen Geschichtsverständnisses zerstört er die Friedensordnung in Europa. Er wird dem uk-

rainischen Volk diktatorische Verhältnisse aufzwingen. Weitere Kriegserklärungen auf Nachbarstaaten sind nicht auszuschließen.

Rosi Schmidt, Gotha

Russische Sorgen wurden ignoriert:

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gab zwei Möglichkeiten für eine neue Friedensordnung in Europa: entweder den freundschaftlichen Frieden zusammen mit Russland in einem gemeinsamen Europäischen Haus oder einen Frieden bei Ausschluss Russlands aus dem europäischen Bündnissystem. Die Russen waren zum ersten Weg bereit, aber die Amerikaner haben den letzten Weg beschritten. Und die Europäer haben das alles mitgemacht oder zumindest zugelassen. Putin hat wiederholt beklagt, dass Russland sich nicht mitgenommen, sondern ausgegrenzt und bedroht fühlt. Deshalb kann niemand im Westen behaupten, man habe nicht gewusst, was man tut. Jetzt ist das Kind in den Brunnen gefallen, das Vertrauen ist weg, die Atmosphäre ist vergiftet, und der Krieg ist da.

Dr. Gerhard Schäfer, Bleicherode

Europa muss zusammenrücken:

Zum einen muss man zur Kenntnis nehmen, dass Putin unberechenbar geworden und als Verhandlungspartner kaum noch zu akzeptieren ist. Dies birgt große Gefahren, zumal er sich nicht scheut, unverhohlen mit dem Einsatz von Atomwaffen zu drohen. Zum anderen darf man erinnern an einen ähnlich unberechenbaren amerikanischen Präsidenten Trump, der nichts außer vermeintliche amerikanische Interessen vertrat. Daraus folgt, dass Europa enger zusammenrücken und sich auch militärisch unabhängig machen muss von den Großmächten dieser Welt.

Uwe Spangenberg, Erfurt

Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns vor, Texte zu kürzen. Schreiben Sie unter Angabe von Vorname, Name, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen) an: Thüringer Allgemeine / Leserbrief, Gottstedter Landstraße 6, 99092 Erfurt, leserbriefe@thueringer-allgemeine.de

PRESSESTIMMEN

Wladimir Putin kann sich auf Deutschland verlassen. Olaf Scholz führte die Reihe der russlandfreundlichen Länder Zypern, Ungarn und Österreich an, die zusammen mit dem besonders vom russischen Gas abhängigen Italien verhindert haben, dass Russland vom internationalen Zahlungsverkehr abgekoppelt wird. Damit haben sie den Keil durch Europa getrieben, auf den Putin gehofft hat. Ob die kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen, die Deutschland leiten, es wert sind, die Einigkeit innerhalb der EU und mit den USA aufs Spiel zu setzen, Putins Macht zu stabilisieren und weiteres Ansehen in Osteuropa zu verlieren, ist fraglich. Die Enttäu-

schung der Ukrainer ist verständlich.

Volksstimme (Magdeburg)

So schmerzhaft das für viele Genossen wäre, die SPD sollte ihr berühmterberühmtes Mitglied jetzt vor die Wahl stellen: Putin oder wir. Bleibt Schröder auf der Gehaltsliste des Aggressors, sollte er nicht mehr Mitglied in einer demokratischen Partei bleiben dürfen, zumal in einer, die sich historische Verdienste im Kampf für Freiheit und Menschenrechte erwarb. Es ist keine Privatsache, wenn ein Bundeskanzler a. D. den Anschein erweckt, er sei der nützliche Idiot eines Diktators.

Badische Neueste Nachrichten

ZITAT DES TAGES



„Alles, was ich immer gesagt habe, ist an dem Tag gestorben, an dem ein völkerrechtswidriger Krieg beginnt.“

Gregor Gysi, außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

„Es wird einen Exodus geben“

Der Jenaer Politikwissenschaftler Biermann über den Krieg in der Ukraine, die Motive Putins und die Fehler des Westens

Von Martin Debes

Jena. Rafael Biermann leitet den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen am Politikwissenschaftlichen Institut der Universität Jena. Wir sprachen mit ihm über den Krieg Russlands gegen die Ukraine.

Herr Professor Biermann, Russland ist in der Ukraine einmarschiert. Was ist das finale Ziel des Kriegs?

Der russische Präsident Wladimir Putin hat es nach vielen Monaten der gezielten Desinformationen ja selbst sehr klar formuliert: Er will die Ukraine demilitarisieren und neutralisieren. Er will dort ein Marionettenregime errichten. Damit überträgt er die Doktrin des früheren sowjetischen Führers Leonid Breschnew aus dem Jahr 1968, laut der alle sozialistischen Länder nur begrenzte Souveränität besaßen und der Kontrolle der UdSSR standen, auf den post-sowjetischen Raum. Es geht darum, die Einfluss-sphäre maximal auszuweiten, mit dem Ziel einer Union von Russland, Weißrussland und der Ukraine. Georgien und Moldawien bleiben vorerst schutzlos im Niemandsland. In Polen, vor allem aber im Baltikum, geht nun die Angst um.

Das der Nato angehört.

Ja, dort hat der Westen eine rote Linie gezogen. Ab dieser Grenze gilt bei einem Angriff von außen der Nato-Bündnisfall. Aber nur ab dieser Grenze – und eben nicht für die Ukraine, die kein Nato-Mitglied ist, und für Georgien und Moldawien. Deshalb werden auch alle Sanktionen, so massiv sie ausfallen mögen, leider den gewaltsamen Regimewechsel in der Ukraine nicht rückgängig machen können.

Hätten denn die Nato oder die USA der russischen Führung für den Fall eines Angriffs mit militärischer Vergeltung drohen sollen?

Nein. Aber sie hätten Putin darüber im Unklaren lassen müssen. So funktioniert das Prinzip der Abschreckung: Man lässt den Gegner im Unklaren, was man im Fall des Falles tut. Doch die Botschaft, die Putin nach dem Georgienkrieg im Jahr 2008, nach der Annexion der Krim im Jahr 2014 und auch in den vergangenen Monaten bekam, war eine andere: Der Westen signalisierte, dass er im Fall einer Aggression nicht eingreifen und es bei Sanktionen belassen werde. Er zog also seine rote Linie diessseits der Ukraine. Das machte ihn für Putin berechenbar – und Putin holt sich jetzt, was er holen kann.

Was halten Sie vom Ruf nach Verhandlungen?

Die wird es womöglich geben. Aber sie dürften nichts daran ändern, dass eine souveräne Ukraine vorerst Geschichte ist. Mag sein, dass es in Kiew zum Häuserkampf kommt und später im Westen der Ukraine zu einer Art Intifada. Aber Russland wird diesen Krieg militärisch gewinnen und ein Vasallenregime errichten. Und ich denke, dass dies schnell gehen kann.

Und der Westen wird dies zulassen?

Er hat es schon zugelassen. Er sah dabei zu, wie Putin die europäische Friedensordnung zerstört. Jetzt kommt es natürlich zum Schulterschluss: in Russland, das Putin längst gleichgeschaltet hat, aber eben auch aufseiten der Nato und der EU. Die Sinnkrise des Nordatlantikpakts ist vorbei. Es könnte sogar zu Beitrittsge-suchen von neutra-



Eine verzweifelte Frau in Kiew – für die Menschen in der Ukraine spitzt sich die Lage immer mehr zu.

FOTO: EMILIO MORENATTI / DPA

Sanktionen und Gegensanktionen wird die deutsche Wirtschaft treffen. Aber am Ende wird sich das restliche Europa wirtschaftlich sowie politisch umorientieren, und die Russische Föderation wird leiden – und mit ihr die Ukraine. Und es werden viele Menschen das Land verlassen.

Wie mit wie vielen Flüchtlingen muss Europa rechnen?

Mit sehr vielen. Es wird einen massiven Exodus geben, vor allem nach Polen und dann Deutschland, er hat schon begonnen. Es gibt in der Ukraine eine sehr gut ausgebildete, westlich orientierte Schicht, die ich selbst über viele Jahre durch unser Doppeldiplom mit einer Universität in Kiew kennengelernt habe. Wir haben gerade wieder ukrainische Studenten im Auslandssemester hier. Diese Eliten, aber auch viele ganz normale Menschen, wollen nicht in einem Satellitenregime ihrer Zukunftschancen beraubt werden. Und die Menschen, die jetzt ihre Flucht beginnen und planen, werden bei uns bleiben. Es geht hier nicht um Bürgerkriegsflüchtlinge, es geht um politisches Asyl. Ein Zurück wird es auf Jahrzehnte nicht geben.

Könnte diese Flüchtlingsbewegung dafür sorgen, dass etwa in Ostdeutschland, wo die Stimmung traditionell russlandfreundlicher ist, doch wieder in Richtung Putin kippt?

Das glaube ich nicht. Angesichts des Schulterschlusses, von dem ich sprach, dürfte dies erst einmal nicht passieren. Selbst die Stellungnahmen aus der Linken und der AfD zeigen ja, dass das russische Vorgehen als Angriffskrieg gesehen wird.

Der aber teilweise mit dem Kosovo-Krieg gleichgesetzt wird.

Der Vergleich ist abwegig. Russland führt einen reinen Eroberungskrieg. Putin spricht der Ukraine schlichtweg das Existenzrecht ab. Das wäre so, wie wenn Deutschland in Österreich einmarschiert mit dem Argument, das sind doch alles Deutsche. Den von Putin behaupteten Genozid an der russischen Bevölkerung in der Ostukraine gibt es nicht. Es gibt auch keine systematischen Menschenrechtsverletzungen. Im kosovarischen Bürgerkrieg hingegen hatte Serbien ab dem Frühjahr 1998 versucht, jeglichen Widerstand auszulöschen, mit allen Mitteln. Es gab immer wieder Massaker an der Zivilbevölkerung, nicht nur in Račak. Der Einmarsch der Nato erfolgte erst, nachdem die serbische Führung einen Waffenstillstand brach, die Verhandlungen von Rambouillet scheitern ließ. Die Kosovaren hatten dem Vertragsentwurf damals zugestimmt.

Europa am Rande. Am Ende schneidet sich Putin mit seiner Aggression also ökonomisch massiv ins eigene Fleisch.

Und er schneidet in das Fleisch von Europa.

Vorher wird das so sein. Wenn Putin den Gashahn zudreht, wird dies enorme Auswirkungen haben, gerade auf Deutschland. Die Spirale aus

Zur Person



FOTO: UNI JENA

Rafael Biermann ist Professor und leitet den Lehrstuhl für Internationale Beziehungen am Politikwissenschaftlichen Institut der Friedrich-Schiller-Universität in Jena.